



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Schule, Kultur und Sport**

Sitzungsort : **Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Mittwoch, 29.04.2009**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **18:40 Uhr**

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Knop

Teilnehmer

Frau Monika Bushuven

Vertreterin für Frau Geiger

Herr Heinz Fröhleke

Herr Ernst-Rainer Fust

Herr Daniel Hagemeier

Herr Peter Hellweg

Herr Friedhelm Hoberg

Frau Hildegard Hödl

Frau Andrea Hunkenschroer

Herr Michael Hütig

Frau Barbara Köß

Frau Hiltrud Krause

Herr Dino Lilge

Herr Rolf Robens

Frau Dr. Birgit Schneider

Herr Thomas Spliethoff

Herr Michael Vennebusch

Frau Anne Wiemeyer

Vertreterin für Herrn Wernsmann

Verwaltung

Herr Michael Jathe, Erster Beigeordneter

Herr Frank Siemer

Schriftführerin

Frau Claudia Pokolm

es fehlten entschuldigt:

Herr Oliver Bäumker

Frau Andrea Geiger

Herr Pfarrer Franz-Josef Neyer

Herr Günter Vennewald

Herr Thomas Wernsmann

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Befangenheitserklärungen	4
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24. Februar 2009	4
3. Bericht über die Situation an den Offenen Ganztagschulen Vorlage: M 2009/400/1518	4
4. 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschulen Vorlage: B 2009/400/1514	5
5. Beratung der im Rahmen der Qualitätsoffensive Schule gestellten Anträge auf Förderung von Schulprojekten Vorlage: B 2009/400/1525	7
6. Verschiedenes	11
6.1. Mitteilungen der Verwaltung	11
6.2. Anfragen an die Verwaltung	11

Herr Knop begrüßt die Ausschussmitglieder sowie Frau Haunhorst als Vertreterin der örtlichen Presse. Er stellt fest, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht geladen wurde. Sodann eröffnet er die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Herr Hagemeier erklärt sich zu dem Antrag der Overbergschule im Rahmen der Qualitätsoffensive Schule (TOP 5, Antrag Nr. 4) für befangen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport nimmt Kenntnis.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24. Februar 2009

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung vom 24. Februar 2009.

3. Bericht über die Situation an den Offenen Ganztagschulen Vorlage: M 2009/400/1518

Herr Siemer berichtet über die OGS-Schülerzahlentwicklung in den ersten 4 Jahren seit Einrichtung der OGS. Grundsätzlich ist – abgesehen von einem leichten Rückgang an der Norbertschule (Lette) - ein kontinuierlicher Anstieg der Schülerzahlen zu verzeichnen.

An der Vitusschule (Sünninghausen) fand im Februar ein Elternabend statt. Eine entsprechende Bedarfsabfrage hat ergeben, dass die Einrichtung einer OGS mangels Nachfrage nicht finanzierbar wäre. Vielmehr besteht aber ein Bedarf für eine verlässliche Übermittagsbetreuung im Rahmen des Betreuungsprogramms „13 +“ ab dem kommenden Schuljahr. Ein entsprechender Antrag bei der Bezirksregierung wurde bereits gestellt. (Nachrichtlich: Die Mittel wurden mit Bescheid vom 05.05.2009 bewilligt.)

Herr Siemer berichtet, dass der durchschnittliche Elternbeitrag mit aktuell mit etwa 4,- € höher als in den vergangenen Jahren sei. Da der Elternbeitrag unmittelbar für den Betreuungsaufwand verwendet wird, ist dies grundsätzlich als positiv zu werten. Auf Nachfrage von Herrn Fust erklärt Herr Jathe, dass sich die Gesamtmittel für die OGS in Höhe von 304.000,- € aus 60 % Landesmitteln und je 20 % Elternbeitrag und freiwilligem städtischen Zuschuss zusammensetzen. Herr Siemer ergänzt, dass der Landeszuschuss aufgrund der Schülerzahlen am ersten Schultag nach den Herbstferien (Stichtag für die Fördermittelanmeldung) bemessen wurde. Dies waren in diesem Schuljahr 197 Kinder. Die Schülerzahl an den OGS ist aber seither auf 209 gestiegen, so dass eine Finanzierung dieser 12 weiteren Plätze ohne Landesmittel erfolgt.

Hinsichtlich der Fördermöglichkeiten durch den Familienpass oder die Maßnahme „Kein Kind ohne Mahlzeit“ entwickelt sich eine Diskussion darüber, ob es in Oelde Kinder gibt, die kein Mittagessen

bekommen. Von Seiten der Verwaltung wird diesbezüglich berichtet, dass durch die Schulen und die Fördervereine die Unterstützungswürdigkeit sensibel überprüft und ggf. auf Fördermöglichkeiten hingewiesen wird. In Oelde handele es sich allerdings um absolute Einzelfälle, die nur knapp über den Einkommensgrenzen für eine v.g. Fördermöglichkeit liegen und daher durch soziales Engagement unterstützt werden.

Auf Nachfrage von Frau Köß berichtet Herr Siemer, dass es einen regelmäßigen Arbeitskreis der OGS, Schulen und der Fachdienste Schule und Jugendamt gibt, in dessen Rahmen ein Qualitätszirkel aufgebaut werden soll. In einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport, und des Jugendhilfeausschusses nach der Kommunalwahl wird ein entsprechender Bericht erfolgen. Eine Teilnahme an der Qualitätsinitiative Lernen für den Ganzttag erfolgt derzeit noch nicht, da zunächst die Handlungsfelder in der Arbeitsgruppe festgelegt werden sollen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport nimmt Kenntnis.

4. 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschulen Vorlage: B 2009/400/1514

Für die Betreuungsangebote im Rahmen der Offenen Ganztagschulen haben die Erziehungsberechtigten einen Beitrag nach der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich in Oelde in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 09.06.2008 entsprechend Ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu leisten.

Bislang waren die dafür maßgeblichen Einkommensgrenzen an die Einkommensgrenzen aus der Elternbeitragssatzung für die Tageseinrichtungen lediglich angelehnt. Die unterste Einkommensgrenze war abweichend bei 12.500,- € gesetzt und die oberste Stufe lag bei einem Jahresbruttoeinkommen von über 49.000,- €.

Zur Verwaltungsvereinfachung, besseren Nachvollziehbarkeit für die Erziehungsberechtigten sowie Einheitlichkeit in der Beitragsstruktur werden künftig bei der Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule die Einkommensgrenzen aus der Elternbeitragssatzung für die Tageseinrichtungen zugrundegelegt.

Die unterste Einkommensstufe wird von bislang 12.500,- € auf 15.000,- € heraufgesetzt. Außerdem wird eine zusätzliche Einkommensstufe bei 61.000,- € Jahresbruttoeinkommen eingefügt. Die bislang erhobenen Beiträge bleiben unverändert. Der Beitrag in der neuen obersten Einkommensgruppe wird auf 125,- € bzw. 62,50 € bei Geschwisterkindern festgelegt.

Die Änderungen sind im Text des Satzungsentwurfes dunkel unterlegt.

Herr Hagemeier erklärt, dass die CDU-Fraktion der Satzungsänderung zustimmen wird. Er regt darüber hinaus an, künftig eine weitere Einkommensstufe in der Oberschicht ab ca. 75.000,- € einzufügen.

Frau Köß begrüßt die grundsätzliche Beitragsanpassung an die Beitragsstruktur bei den Kitas. Sie bedauert jedoch, dass der Geschwisterbeitrag nicht entsprechend auf Null reduziert werden soll. Dieses Ziel sollte langfristig weiter verfolgt werden.

Herr Fust sieht die Beitragsanpassung ebenfalls als einen Schritt in die richtige Richtung an. Allerdings sieht auch er die Reduzierung des Geschwisterbeitrages auf Null als erstrebenswertes Ziel an.

Auf Nachfrage von Herrn Hütig erklärt Herr Siemer, dass der Beitrag in der obersten Einkommensstufe 150,- € nicht übersteigen darf.

Bezogen auf die geplante Satzungsänderung sieht die Verteilung der Kinder auf die jeweiligen Einkommensgruppen wie folgt aus:

EK-Stufe	1. Kinder	Geschwisterkinder	Kinder gesamt
bis 15.000,- €	44	29	73
bis 25.000,- €	28	15	43
bis 37.000,- €	12	10	22
bis 49.000,- €	11	5	16
bis 61.000,- €	21	10	31
über 61.000,- €	14	4	18
			203

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport empfiehlt dem Rat einstimmig folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt die 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich in Oelde vom 22.06.2005:

3. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich in Oelde vom 22.06.2005

Aufgrund der §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchst. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 24. Juni 2008 (GV. NRW S. 514) i.V.m. dem Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW S. 712), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 11. Dezember 2007 (GV. NRW S. 8) hat der Rat der Stadt Oelde am _____ folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 3 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Die Höhe des Elternbeitrages ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung:

Jahreseinkommen	<u>Beitrag monatlich</u>	<u>Beitrag monatlich für Geschwisterkinder</u>
bis 15.000 €	10,- €	5,- €
bis 25.000 €	30,- €	15,- €
bis 37.000 €	60,- €	30,- €

bis 49.000 €	90,- €	45,- €
bis 61.000 €	100,- €	50,- €
über 61.000 €	125,- €	62,50 €

Artikel II

§ 6 erhält folgende Fassung:

Die Satzung tritt am 01. August 2009 in Kraft.

5. Beratung der im Rahmen der Qualitätsoffensive Schule gestellten Anträge auf Förderung von Schulprojekten Vorlage: B 2009/400/1525

Im Rahmen der Qualitätsoffensive Schule wurden in diesem Jahr von den Oelder Schulen insgesamt 22 Anträge fristgerecht gestellt. Alle Oelder Schulen haben sich an dem Programm beteiligt.

Wie der beigefügten Aufstellung zu entnehmen ist, wurden Anträge auf Förderung von Schulprojekten in einer Gesamthöhe von 73.609,87 € gestellt. Diese Summe übersteigt den Haushaltsansatz von 50.000,- € bei der Planungsstelle 03.01.01.5279001 deutlich.

Herr Hagemeier berichtet eingangs von den Beratungen in der Vergabekommission der Qualitätsoffensive Schule, in deren Rahmen man sich dafür ausgesprochen hat, den Anträgen auf reine Sachausstattungen nicht zuzustimmen. Bei dem Sachausstattungsantrag des TMG auf Bezuschussung eines Klaviers für den regulären Musikunterricht handele es sich um einen Sonderfall. Hierbei handelt es sich um eine Pflichtausstattung, die aber von der Schule in der regulären Haushaltsmittelanmeldung nicht beantragt wurde und daher der Verwaltung bisher nicht bekannt war. Alle Entscheidungen erfolgten einstimmig ohne Enthaltung.

Hinsichtlich des Antrages der Overbergschule ergänzt er weiter, dass eine Doppelförderung nicht beabsichtigt sei. Kommendes Schuljahr soll das Projekt „Selbstbehauptung Mädchen und Umgang mit Konflikten bei Jungen“ einmalig sowohl in der 3. als auch in der 4. Jahrgangsstufe durchgeführt werden. Künftig will man sich dann wieder auf die 3. Jahrgangsstufe konzentrieren.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Hagemeier abschließend seinen Dank an die Schulen für die zahlreichen Anträge.

Frau Köß zeigt sich von Seiten der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ erfreut über die Anträge „Selbstbehauptung Mädchen und Umgang mit Konflikten bei Jungen“ und regt an, dieses Thema künftig als regelmäßige Aufgabe in die Schulen einzubringen. Ebenso regt sie einen entsprechenden Erfahrungsaustausch zwischen den Schulen an. Herr Siemer verweist zur weiteren Verfolgung dieser Idee auf die Haushaltsplanberatungen für das kommende Jahr.

Herr Fust gibt zu bedenken, dass Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der beantragten Projekte weiterhin deutlich hinterfragt werden müssen.

Frau Hödl erklärt, dass sich auch die FDP-Fraktion über die geplanten Projekte „Selbstbehauptung Mädchen und Umgang mit Konflikten bei Jungen“ sehr erfreut zeigt, zumal man davon ausgehe, dass die Grundschullehrer für diese Aufgabe möglicherweise nicht umfassend genug ausgebildet sind.

Hinsichtlich des Antrages der Karl-Wagenfeld-Schule für das Projekt „Schule in Bewegung“ schließt sich eine Diskussion über die Übernahme möglicher Restkosten an. Vorrangig sind die gesetzlichen Krankenkassen gesetzlich verpflichtet, entsprechende Kosten für derartige Präventionsmaßnahmen in angemessener Höhe zu übernehmen. Allenfalls bei privat krankenversicherten Kindern kann es dazu kommen, dass die Kosten ganz oder zum Teil nicht übernommen werden. Da die Fraktionen einheitlich dieses Projekt begrüßen, soll vermieden werden, dass eine Durchführung an nicht gedeckten Restkosten scheitert. Die Verwaltung gibt jedoch die Risiken und die mögliche Vorbildwirkung einer generellen Zusage zur Restkostenübernahme zu bedenken. Um die Veranstalter und die vorrangig verpflichteten Leistungsträger nicht aus der Pflicht zu nehmen, dennoch allen Kindern ohne finanziellen Nachteil eine Teilnahme an dem Projekt zu ermöglichen, soll die Verwaltung ermächtigt werden, bis zu einer Obergrenze von 500,- € über mögliche Restkosten zu entscheiden.

Beschlüsse:

Von-Ketteler-Schule

1. Zirkus Projekt
Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Zirkus-Projekt“ der Von-Ketteler-Schule zuzustimmen.
2. Erste-Hilfe-Kurs
Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Erste-Hilfe-Kurs“ der Von-Ketteler-Schule zuzustimmen.

Edith-Stein-Schule

3. Selbstbehauptung Mädchen und Umgang mit Konflikten bei Jungen
Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Selbstbehauptung Mädchen und Umgang mit Konflikten bei Jungen“ der Edith-Stein-Schule zuzustimmen.

Overbergschule

4. Selbstbehauptung Mädchen und Umgang mit Konflikten bei Jungen
Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Selbstbehauptung Mädchen und Umgang mit Konflikten bei Jungen“ der Overbergschule zuzustimmen.
Beratung und Beschlussfassung erfolgen ohne Herrn Hagemeier.

Vitusschule

5. Zirkus-Projekt
Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Zirkus-Projekt“ der Vitusschule zuzustimmen.

6. Aufstockung Schülerbücherei

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Aufstockung Schülerbücherei“ der Vitusschule zuzustimmen.

Norbertschule

7. Anschaffung mobiler EDV-Ausstattung

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Anschaffung mobiler EDV-Ausstattung“ der Norbertschule unter der Bedingung, dass der zu erbringende Eigenanteil gesichert ist, zuzustimmen.

Karl-Wagenfeld-Schule

8. Projekt „Schule in Bewegung“

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, für den Antrag „Projekt „Schule in Bewegung““ der Karl-Wagenfeld-Schule, zunächst vorrangige Leistungen der Krankenkassen in Anspruch zu nehmen. Die Verwaltung wird ermächtigt, in Höhe von 500,- € über die von den Krankenkassen ungedeckten Restkosten zu entscheiden.

9. Selbstbehauptung Mädchen und Umgang mit Konflikten bei Jungen

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Selbstbehauptung Mädchen und Umgang mit Konflikten bei Jungen“ der Karl-Wagenfeld-Schule zuzustimmen.

10. Theaterprojekt

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Theater-Projekt“ der Karl-Wagenfeld-Schule zuzustimmen.

11. Kosten Scheinwerfer

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, den Antrag „Kosten Scheinwerfer“ der Karl-Wagenfeld-Schule abzulehnen.

Albert-Schweitzer-Schule

12. Integrative Kunst- und Musikschule

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Integrative Kunst- und Musikschule“ der Albert-Schweitzer-Schule zuzustimmen.

13. Eltern-AG / Elternschule: „Soziales Lernen“

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Eltern-AG / Elternschule: Soziales Lernen“ der Albert-Schweitzer-Schule zuzustimmen.

Theodor-Heuss-Schule

14. Projekt „Leseförderung“

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Projekt „Leseförderung““ der Theodor-Heuss-Schule zuzustimmen.

15. Anschaffung Kletterpyramide

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, den Antrag „Anschaffung Kletterpyramide“ der Theodor-Heuss-Schule abzulehnen.

16. Aufbau eines Schulsanitätsdienstes

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Aufbau eines Schulsanitätsdienstes“ der Theodor-Heuss-Schule zuzustimmen.

Realschule

17. Gedenkstättenprojekt durch Pfarrer Neyer

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Gedenkstättenprojekt durch Pfarrer Neyer“ der Realschule zuzustimmen.

Thomas-Morus-Gymnasium

18. Rhetorikschulung für SPUN-Schülerplanspiel

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Rhetorikschulung für SPUN-Schülerplanspiel“ des Thomas-Morus-Gymnasiums in Höhe von 500,- € zuzustimmen.

19. Beschallungsanlage Musikprojekt

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, den Antrag „Beschallungsanlage Musikprojekt“ des Thomas-Morus-Gymnasiums abzulehnen.

20. Klavier für Musikunterricht Sek. II

Das Klavier für den Musikunterricht in der Sekundarstufe II fällt unter die vom Schulträger bereitzustellende Schulgrundausrüstung und ist damit außerhalb der Qualitätsoffensive Schule vom Schulträger zu finanzieren. Eine Beschlussfassung erübrigt sich daher.

Pestalozzischule

21. Gestaltung des Märchens „Das Kürbiskind“

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Gestaltung des Märchens „Das Kürbiskind““ der Pestalozzischule zuzustimmen.

22. Trainingsraumarbeit

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig, dem Antrag „Trainingsraumarbeit“ der Pestalozzischule zuzustimmen.

Eine Übersicht der Anträge mit den beantragten und durch die Gremien empfohlenen Zuschüssen ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

6. Verschiedenes

6.1. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Siemer berichtet, dass bei der Zusammenführung der Roncallischule mit der Theodor-Heuss-Schule in den Planungen eine Änderung vorgenommen wurde. Ursprünglich war vorgesehen, zum kommenden Schuljahr die jetzigen Klassen 7 als Klasse 8 an die Theodor-Heuss-Schule wechseln zu lassen. Die Klassen 9 und 10 sollten ihre Schulzeit am Standort an der Marienstraße beenden. Dieser Plan soll nun wie folgt abgeändert werden:

Im kommenden Schuljahr 2009/2010 werden am Standort Roncallischule die Jahrgänge 8-10 weiterhin unterrichtet. Zum Schuljahr 2010/2011 wechseln alle verbleibenden Klassen zur Theodor-Heuss-Schule. Der Planungsänderung erfolgt aus folgenden Gründen:

- Es ist zu befürchten, dass bei einem sofortigen Wechsel der jetzigen 7-er Klassen an die Theodor-Heuss-Schule aus fünf relativ kleine Klassen 4 große gebildet werden müssen.
- Verblieben an der Roncallischule nur noch die Jahrgänge 9 und 10, entstünde ein zu kleiner Schulstandort mit ca. 60 Kindern.
- Bei der Beschulung von drei Jahrgängen an der Marienstraße könnte das verbleibende Lehrpersonal der Roncallischule weitgehend die Unterrichtsversorgung sicherstellen. Dennoch ist ein „Austausch“ von Lehrern vorgesehen, um ein schnelleres Zusammenwachsen zu ermöglichen.
- Die Bauarbeiten am Anbau werden vermutlich nicht zum Schuljahresbeginn abgeschlossen. Die zwei zusätzlichen Klassen könnten dann nur unter beengten Verhältnissen (z.B. in Fachräumen) aufgenommen werden.

Die Vorgehensweise wurde in der 17. Kalenderwoche mit den Schulleitungen und den Elternvertretern besprochen. Dem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt. Der Vorschlag ist auch mit dem Schulamtsdirektor abgestimmt. Dieser wird nun bei der Bezirksregierung versuchen, die benötigten Lehrerstellen entsprechend zu halten.

Herr Siemer berichtet weiter, dass es bei der Besetzung der Schulleiterstellen für die Albert-Schweitzer-Schule und der Overbergschule leider nichts Neues gibt. Während die Stelle für die Nachfolge von Herrn Albrecht gerade erstmalig ausgeschrieben wurde, wird die Stelle für die Nachfolge von Frau Dissen bereits zum vierten Mal ausgeschrieben. Bisher gab es keine Bewerbungen.

Abschließend erklärt Herr Siemer, das es sich bei dem Bericht in der Utopia des TMG über verschwundene Laptops um eine Satire handelt. Es sind keine Laptops abhanden gekommen.

6.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Hoberg spricht die Anmeldezahlen an den Grundschulen an. Sowohl an der Edith-Stein- als Auch an der Albert-Schweitzer-Schule sollen nach den derzeit vorliegenden Anmeldezahlen je zwei Eingangsklassen eingerichtet werden. An der Overbergschule hingegen sollen drei Eingangsklassen gebildet werden. Herr Hoberg fragt an, ob an den beiden erstgenannten Schulen nicht auch die Möglichkeit bestünde, drei kleine Eingangsklassen zu bilden. Herr Siemer weist darauf hin, dass über die Zügigkeit der einzelnen Schulen ein Ratsbeschluss vorliegt und die Voraussetzung für eine Dreizügigkeit (mindestens 61 Schüler) an beiden Schulen nach den derzeit vorliegenden Informationen nicht gegeben sei. Eine endgültige Aussage könne allerdings frühestens Ende Mai getroffen werden.

Herr Hoberg erkundigt sich weiter zu den Planungen hinsichtlich der Veränderung der Schullandschaft in Oelde. Insbesondere interessieren ihn die Maßnahmen hinsichtlich der Entwicklung der Realschule. Herr Jathe erklärt diesbezüglich, dass ein entsprechender Entwurf in Arbeit sei. Zu näheren Informationen verweist er auf Top 9 der Sitzung des Ausschuss für Planung und Verkehr vom 23.04.2009. Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Karl-Friedrich Knop
Vorsitzender

Claudia Pokolm
Schriftführerin